

Antikorrupptionsgesetze in Taiwan



von John EASTWOOD and Heather HSIAO

Taiwan hat im Kampf gegen die Korruption beachtliche Fortschritte erzielt und ist in der Rangliste des Korruptionswahrnehmungsindex der Antikorrupsionsorganisation Transparency International von Platz 36 (von 177 Teilnehmern) im Jahr 2013 auf Platz 28 im Jahr 2020 geklettert. Damit liegt Taiwan vor mehreren europäischen Nationen, vor Südkorea, vor Botswana, Afrikas Vorzeigeland in Sachen Korruptionsbekämpfung, und leicht hinter den Vereinigten Staaten. Taiwan ist ein Gründungsmitglied der Asien/Pazifik Gruppe gegen Geldwäsche (als "Chinese Taipei" bekannt) und wurde dort für die Bekämpfung von Geldwäsche und die Unterbindung von Terrorismusfinanzierung gelobt.

Obwohl Korruption nicht mehr als ein Hindernis für die Abwicklung von Geschäften angesehen wird, gab es mehrere hochkarätige Korruptionsfälle, die die Öffentlichkeit erschütterten. Einer der historisch bemerkenswertesten Vorfälle betraf den ehemaligen Präsidenten Chen Shui-bian. Dieser wurde als erster taiwanischer Präsident zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In jüngster Zeit wurden außerdem drei Gesetzgeber und einige ihrer Assistenten in Zusammenhang mit einem angeblichen Bestechungsfall, der die Eigentumsverhältnisse eines großen Kaufhauses betrifft, inhaftiert.



Photo Credits: Bud Helisson

BESTECHUNG

Bestechung ist in den taiwanischen Gesetzen nicht ausdrücklich definiert, wird aber dennoch als Straftatbestand angesehen, da es sich um einen unter illegalen Umständen erlangten Vorteil handelt. Eine Definition des Begriffs Bestechung stammt von den Gerichten und Fälle von Bestechung können aufgrund des Strafgesetzbuchs und anderen Gesetzen wie dem Bankengesetz und dem Wertpapier- und Börsengesetz verfolgt werden. Die beiden zuletzt genannten Gesetze finden primär Anwendung und das Strafmaß ist deutlich höher als das des Strafgesetzbuchs.

Der Versuch der Bestechung oder die Annahme einer Bestechung durch einen Regierungsbeamten ist eine Straftat und wird nach dem Organischen Statut für die Antikorruptions Verwaltung und/oder dem Strafgesetzbuch geahndet. Die Zahlung einer Bestechung an einen ausländischen Beamten ist ebenfalls eine Straftat. Was genau eine "Bestechung" ist, ist nicht gesetzlich definiert; vielmehr wird der Tatbestand von den Gerichten von Fall zu Fall bestimmt.

Das Amt für Korruptionsbekämpfung (Agency Against Corruption - AAC) des Justizministeriums, das gemäß dem Organischen Statut für die Verwaltung der Korruptionsbekämpfung eingerichtet wurde, hat eine Reihe von Ethikrichtlinien für Angestellte veröffentlicht, die unter das Beamtengesetz fallen. Dies betrifft Beamte, Militärpersonal und Angestellte öffentlicher Unternehmen, z.B. Mitarbeiter öffentlicher Krankenhäuser und Lehrer öffentlicher Schulen.

Sowohl das Antikorruptionsgesetz als auch das Strafgesetzbuch können extraterritoriale Wirkung entfalten, wie in Artikel 11 des Antikorruptionsgesetzes und in den Artikeln 6, 7 und 11 des Strafgesetzbuchs dargelegt. Beamte, die innerhalb oder außerhalb Taiwans Bestechungsgelder erhalten, unterliegen dem Antikorruptionsgesetz. Taiwan hat jedoch keine Gerichtsbarkeit über Bestechungen lokaler Beamter außerhalb Taiwans.

COMPLIANCE DEFENCE UND MITIGATION

Es gibt in Taiwan zwar keine Bestimmungen zu Compliance Defence und Mitigation, aber das Vorhandensein angemessener Regeln und Verfahren zur Verhinderung von Korruption

kann von Staatsanwälten als durchaus positiv angesehen werden.

VERMITTLUNGSZAHLUNGEN

Obwohl nicht explizit als "Vermittlungszahlungen" bezeichnet, beschreiben die Ethikrichtlinien der AAC akzeptable geringfügige Zuwendungen. Jede Vermittlungszahlung könnte von den Gerichten als Bestechung angesehen werden. Solche Zahlungen von Privatpersonen oder Unternehmen werden von den Gerichten von Fall zu Fall geprüft.

GESCHENKE UND EINLADUNGEN

Die Ethikrichtlinien der AAC legen folgende Grenzen für Geschenke und Einladungen fest:

Ein Beamter darf keine Geschenke von Personen oder Organisationen annehmen, die ein persönliches Interesse an der Ausübung seiner Pflichten haben, es sei denn, das Geschenk liegt unter 500 TWD für einen einzelnen Beamten, unter 1.000 TWD für eine offizielle Einrichtung und unter 3.000 TWD für die Teilnahme an Verlobungsfeiern, Hochzeiten, Taufen usw. Wenn der Schenkende kein solches Interesse hat, darf ein Geschenk den die Umstände entsprechenden Betrag nicht überschreiten. Alle Geschenke, die nicht von Verwandten oder engen Freunden stammen und einen Marktwert von 3.000 TWD übersteigen, müssen gemeldet werden. Geschenke von Verwandten oder Freunden, die kein berechtigtes Interesse an den Aufgaben eines Beamten haben, können ohne jegliche Erklärung angenommen werden.

Beamte dürfen keine Einladungen zur Teilnahme an Dinnerpartys oder anderen Unterhaltungsaktivitäten von Personen annehmen, die ein berechtigtes Interesse an den Aufgaben des

Beamten haben. Ausnahmen von diesem Verbot sind öffentliche Feste (wie z. B. das Neujahrs Bankett), Hochzeiten, Taufen, Einweihungsfeiern und Feierlichkeiten zur Beförderung. Selbst wenn der Gastgeber einer Party kein Interesse an den dienstlichen Pflichten eines Beamten hat, wird Beamten geraten, bei der Teilnahme an solchen Veranstaltungen Vorsicht walten zu lassen.

Regierungsbeamte dürfen nicht mehr als 5.000 TWD (ca. 167 USD/ 145 EUR) pro Stunde für private Reden, Beurteilungen oder Podiumsdiskussionen erhalten. Die Entschädigung für die Erstellung von Manuskripten im Zusammenhang mit privaten Veranstaltungen darf nicht mehr als 2.000 TWD (ca. USD 67/ 58 EUR) pro 1.000 chinesischen Zeichen betragen.

UNTERNEHMENSHAFTUNG FÜR DIE HANDLUNGEN VON MITTELPERSONEN

Korruption in Taiwan basiert auf individueller strafrechtlicher Verantwortung. Ein Unternehmen kann nicht zur Verantwortung gezogen werden. Nur einzelne an Korruption beteiligte Vorstandsvorsitzende, Direktoren oder andere Personen in einem Unternehmen, können haftbar gemacht werden.

HAFTUNG EINZELNER FÜHRUNGSKRÄFTE UND ANGESTELLTER

Da Bestechung und andere Formen der Korruption Straftaten sind, machen sich einzelne Führungskräfte und Angestellte nur dann haftbar, wenn sie tatsächlich an einer Straftat beteiligt waren. Bei strenger strafrechtlicher Betrachtung könnte die betreffende Person je nach Grad ihrer Beteiligung als Komplize oder Mittäter angesehen werden, auch wenn sie nicht

persönlich an der eigentlichen Bestechung beteiligt war. Kenntnis von einer Sache zu haben, aber nicht einzugreifen verletzt zwar moralische Grundsätze, zieht jedoch nicht unbedingt strafrechtliche Verantwortung nach sich.

SANKTIONEN

Gemäß Artikel 11.1 des Antikorruptionsgesetzes wird jede Person, die einem Amtsträger Bestechungsgelder oder andere ungerechtfertigte Wertgegenstände anbietet, verspricht oder als Gegenleistung für die Erfüllung oder Unterlassung seiner Amtspflichten gibt, mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu sieben Jahren bestraft und kann außerdem mit einer Geldstrafe von bis zu 3 Millionen TWD (ca. 100.000 USD/ 87.400 EUR) belegt werden.

Speziell im Bankensektor verbietet das Bankengesetz verantwortlichen Führungspersonen oder Mitarbeitern einer Bank, unter irgendeinem Vorwand Provisionen, Rabatte und andere ungerechtfertigte Vorteile von Einlegern, Kreditnehmern oder anderen Kunden anzunehmen. Bei Zuwiderhandlung droht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren, eine Haftstrafe und/oder eine Geldstrafe von bis zu 5 Millionen TWD.

Sind jedoch in anderen Gesetzen strengere Strafen vorgesehen, werden diese stattdessen verhängt. Darüber hinaus wird ein Verantwortlicher oder Mitarbeiter einer Bank, der seine Pflichten in der Absicht verletzt, sich selbst oder einem Dritten illegale Vorteile zu verschaffen und das Vermögen oder andere Interessen der Bank schädigt, mit einer Freiheitsstrafe von drei bis zehn Jahren bestraft und kann mit Geldbußen zwischen 10 Millionen TWD und 200 Millionen TWD (ca. 333.333 USD

bis 7,6 Millionen USD/ 291.000 EUR bis 5,9 Millionen EURO) belegt werden.

Wird ein kriminelles Einkommen von 100 Millionen TWD (3,3 Millionen USD/ 2,9 Millionen EUR) oder mehr erzielt, wird mit einer Freiheitsstrafe von mindestens sieben Jahren bestraft und es kann des Weiteren eine Geldbuße zwischen 25 Millionen TWD (833.333 USD/ 727.500 EUR) und 500 Millionen TWD (ca. 16,7 Millionen USD/ 14,6 Millionen EURO) verhängt werden.

Im Wertpapiersektor schreibt das Börsengesetz vor, dass ein Direktor, Vorgesetzter oder Manager eines börsennotierten Unternehmens, der in der Absicht sich selbst oder einer dritten Person einen Vorteil zu verschaffen, gegen seine Pflichten verstößt oder Vermögenswerte des Unternehmens veruntreut, wodurch dem Unternehmen ein Schaden von mindestens 5 Millionen TWD (ca. 167.000 USD/ 145.000 EURO) entsteht, mit einer Freiheitsstrafe von drei bis zehn Jahren sowie einer Geldstrafe zwischen 10 Millionen TWD (ca. 333.333 USD/ 299.000 EURO) und 200 Millionen TWD (ca. 6,7 Millionen USD/ 5,9 Millionen EURO) belegt wird.

Wenn der durch die Begehung einer im vorherigen Absatz erwähnten Straftat erlangte Betrag 100 Millionen TWD (ca. 3,3 Mio. USD/ 2,9 Mio. EUR) oder mehr beträgt, muss eine Gefängnisstrafe von nicht weniger als sieben Jahren verhängt werden. Darüber hinaus kann eine Geldstrafe von nicht weniger als 25 Millionen TWD (ca. 833.333 USD/ 727.444 EUR) und nicht mehr als 500 Millionen TWD (ca. 16,7 Millionen USD/ 14,6 Millionen EUR) verhängt werden.

STRAFVERFOLGUNGSBEHÖRDEN

Das AAC wurde 2011 von der taiwanischen Regierung als erste Behörde, die sich der Korruptionsbekämpfung widmet, gegründet. Die Hauptziele des AAC sind die Stärkung der bestehenden Mechanismen gegen Korruption, die Erhöhung der Verurteilungsraten in Korruptionsfällen und der erweiterte Schutz der Menschenrechte in Taiwan. Der Hauptsitz befindet sich in Taipeh, und es gibt auch Büros in Zentral- und Südtaiwan. Die von der Staatsanwaltschaft des Obersten Gerichtshofs eingerichtete Sonderermittlungsabteilung ist für die Untersuchung von Korruptionsfällen zuständig, in die der Präsident, die Vizepräsidenten, die Leiter der fünf Yuans (Staatsräte), Minister und Militärbeamte mit dem Rang eines Generals und darüber verwickelt sind. Sie ist auch für die Untersuchung von Korruption im Zusammenhang mit Wahlen zuständig. Die Staatsanwaltschaft des Obersten Gerichtshofs hat auch die Befugnis andere Arten von Korruption zu untersuchen, wenn der Generalstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft des Obersten Gerichtshofs dies für angebracht hält.

ANTI-GELDWÄSCHE GESETZE

Das taiwanische Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche und die dazugehörigen Verordnungen über die Meldung von Bargeldtransaktionen und verdächtigen Transaktionen durch Finanzinstitute (Regulations Governing Cash Transaction Reports and Suspicious Transaction Reports by Financial Institutions) gelten für Finanzinstitute und den Einzelhandel in der Juwelierbranche. Das Gesetz definiert derzeit 17 Arten von Finanzinstituten und gibt den zuständigen Behörden das Ermessen, in Zukunft weitere Arten von Instituten zu benennen.

Taiwanische Banken, die Konten für Kunden führen, die aus Taiwan heraus Zahlungen durchführen, unterliegen dem Gesetz und seinen Vorschriften. Das Geldwäsche-Kontrollgesetz verpflichtet Finanzinstitute, Richtlinien und Verfahren zur Verhinderung von Geldwäsche zu erstellen und diese Richtlinien und Verfahren den zuständigen Behörden und dem Finanzministerium zur Überprüfung vorzulegen. Das Gesetz verpflichtet Finanzinstitute außerdem, Transaktionen über einen bestimmten Betrag (500.000 TWD (ca. 17.000 USD/ 14.555 EUR)) an die zuständigen Behörden zu melden und die Identität ihrer Kunden zu kennen. Einzelne Bestimmungen über die Meldung von Bargeldtransaktionen und verdächtigen Transaktionen durch Finanzinstitute legen den unterschiedlichen Finanzinstitutionen zusätzliche Verpflichtungen zur Meldung verdächtiger Transaktionen auf.

Taiwan hat sein Anti-Geldwäsche-Regime gestärkt, steht jedoch unter Druck weitere Änderungen an dem derzeitigen Regime vorzunehmen, um alle Arten von in den internationalen Anti-Geldwäsche-Standards aufgeführten designierten Nicht-Finanzunternehmen und -berufen in sein System aufzunehmen.

WHISTLEBLOWING

Im Juli 2011 wurden die Schutzbestimmungen und das Belohnungssystem für Anti-Korruptions-Information (Anti-Corruption Informant Rewards and Protection Regulations) eingeführt. Artikel 10 der Vorschriften garantiert, dass der Name, das Geschlecht, das Geburtsdatum, die Identifikationsnummern sowie die Adresse eines Hinweisgebers vertraulich behandelt werden müssen. Alle Aussagen, eidesstattliche Erklärungen oder andere damit

zusammenhängende Informationen über einen Whistleblower müssen, sofern sie nicht unbedingt benötigt werden, separat aufbewahrt und von den Ermittlungsakten ferngehalten werden. Jegliche Verstöße gegen einen Whistleblower werden gemäß dem Strafgesetzbuch und anderen damit verbundenen Gesetzen behandelt.

DATENSCHUTZ

Taiwans Personal Information Protection Act (PIPA) ist im Oktober 2012 in Kraft getreten. Es ersetzt damit das Gesetz zum Schutz elektronisch verarbeiteter personenbezogener Daten, das nur für elektronisch verarbeitete Daten durch staatliche Stellen und nur für bestimmte Branchen galt. Das PIPA gilt für alle Erhebungen, Verarbeitungen und Nutzungen von personenbezogenen Daten durch staatliche und nichtstaatliche Stellen sowie Einzelpersonen in Taiwan. Das PIPA soll weder eine rechtmäßige Untersuchung durch eine staatliche Stelle behindern noch eine nichtstaatliche Stelle daran hindern, rechtmäßigen Anfragen von Behörden nachzukommen. Darüber hinaus dürfen Ermittlungen durch nichtstaatliche Stellen, die interne Korruption oder damit zusammenhängende Angelegenheiten untersuchen, nicht behindert werden. Letzteres hängt natürlich vom genauen Sachverhalt und der Durchführung der Ermittlungen ab. Für Mitarbeiter am Arbeitsplatz können jedoch andere Gesetze und Schutzmaßnahmen gelten, die sich wiederum auf interne Untersuchungen auswirken könnten.

OFFENLEGUNGSPFLICHT UND

ANWALTSPRIVILEG

Das im Strafgesetzbuch festgelegte Verfahren sieht vor, dass ein Anwalt die Aussage verweigern kann, wenn er als Zeuge zu

vertraulichen Angelegenheiten seines Mandanten befragt wird - es sei denn, er hat die Erlaubnis des Mandanten. Postverkehr oder andere Korrespondenz zwischen einem Angeklagten und seinem Verteidiger können beschlagnahmt werden, sofern sie als strafrechtliches Beweismittel angesehen werden oder festgestellt wird, dass der Absender oder Empfänger Beweise vernichten, fälschen oder verändern oder sich mit einem Mitangeklagten oder Zeugen verschwören könnte oder der Angeklagte untergetaucht ist.

Zum Schutz des Anwalt-Mandant-Verhältnisses dürfen vertrauliche Angelegenheiten im Rahmen ihrer Kommunikation, wie z.B. die schriftlichen Unterlagen des Geständnisses eines Angeklagten gegenüber dem Anwalt, nicht beschlagnahmt werden. Dieses Privileg erstreckt sich jedoch nicht darauf, dass ein Anwalt strafrechtliche Beweismittel vertuschen, zerstören oder fälschen darf. Mit anderen Worten: Strafrechtliche Beweise können beschlagnahmt werden, selbst wenn sie sich in Gewahrsam eines Anwalts befinden.

Autoren



John EASTWOOD, Partner
john.eastwood@eiger.law



Heather HSIAO, Partner
Heather.hsiao@eiger.law

DISCLAIMER

This publication is not intended to provide accurate information in regard to the subject matter covered. Readers entering into transaction on the basis of such information should seek additional, in-depth services of a competent professional advisor. Eiger, the author, consultant or general editor of this publication expressly disclaim all and any liability and responsibility to any person, whether a future client or mere reader of this publication or not, in respect of anything and of the consequences of anything, done or omitted to be done by any such person in reliance, whether wholly or partially, upon the whole or any part of the contents of this publication. This work is licensed under the Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported License. To view a copy of this license, please visit <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>.